

# Suhrkamp Verlag

## Leseprobe



Streeck, Wolfgang  
**Gekaufte Zeit**

Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus  
Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012 Erweiterte Ausgabe

© Suhrkamp Verlag  
suhrkamp taschenbuch wissenschaft 2133  
978-3-518-29733-9

suhrkamp taschenbuch  
wissenschaft 2133

Wolfgang Streeck legt in seinen vieldiskutierten Frankfurter Adorno-Vorlesungen die Wurzeln der gegenwärtigen Finanz-, Fiskal- und Wirtschaftskrise frei, indem er sie als Moment der langen neoliberalen Transformation des Nachkriegskapitalismus beschreibt. Er analysiert, wie sich die Spannung zwischen Demokratie und Kapitalismus über vier Jahrzehnte entfaltet hat und welche Konflikte daraus resultierten. Schließlich beleuchtet er den Umbau des europäischen Staatensystems und fragt nach den Aussichten für eine Wiederherstellung sozialer und wirtschaftlicher Stabilität. In einem ausführlichen Vorwort zu dieser Taschenbuchausgabe setzt er sich unter anderem mit seinen Kritikern auseinander und zieht eine erste Bilanz. Den Band beschließt ein Essay über die politischen Dimensionen von Geldordnungen am Beispiel des Euro.

Wolfgang Streeck ist Direktor emeritus am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln.

# Wolfgang Streeck

## Gekaufte Zeit

Die vertagte Krise  
des demokratischen Kapitalismus

*Frankfurter  
Adorno-Vorlesungen 2012*

Erweiterte Ausgabe

Suhrkamp

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet  
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet  
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

suhrkamp taschenbuch wissenschaft 2133

Erste Auflage 2015

© Suhrkamp Verlag Berlin 2013, 2015

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,  
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung  
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form  
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)  
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert  
oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet,  
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlag nach Entwürfen von

Willy Fleckhaus und Rolf Staudt

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-29733-9

# Inhalt

Vorwort zur Taschenbuchausgabe .....	7
Einleitung: Krisentheorie – damals, heute .....	49
I. Von der Legitimationskrise zur Fiskalkrise .....	65
Eine Krise neuen Typs .....	71
Zwei Überraschungen für die Krisentheorie .....	76
Die andere Legitimationskrise und das Ende des Nachkriegsfriedens .....	88
Die lange Wende: Vom Nachkriegskapitalismus zum Neoliberalismus .....	96
Gekaufte Zeit .....	102
II. Neoliberale Reform: Vom Steuerstaat zum Schuldenstaat .....	121
Finanzkrise durch Demokratieversagen? .....	121
Kapitalismus und Demokratie in der neoliberalen Revolution .....	126
Exkurs: Kapitalismus und Demokratie .....	132
Das Monster aushungern! .....	139
Die Krise des Steuerstaates .....	148
Vom Steuerstaat zum Schuldenstaat .....	151
Schuldenstaat und Verteilung .....	155
Die Politik des Schuldenstaates .....	159
Schuldenpolitik als internationale Finanzdiplomatie	174
III. Die Politik des Konsolidierungsstaates: Neoliberalismus in Europa .....	183
Integration und Liberalisierung .....	183
Die Europäische Union als Liberalisierungsmaschine	190
Institutioneller Wandel: Von Keynes zu Hayek .....	199

Der Konsolidierungsstaat als europäisches Mehrebenenregime .....	201
Fiskalische Konsolidierung als Staatsumbau .....	206
Wachstum: Back to the Future .....	219
Exkurs: Regionale Wachstumsprogramme .....	229
Zur Strategiefähigkeit des europäischen Konsolidierungsstaates .....	245
Widerstand im internationalen Konsolidierungsstaat	257
 Schluss: Was als Nächstes? .....	 267
Was nun? .....	267
Kapitalismus oder Demokratie .....	277
Der Euro als frivoles Experiment .....	279
Demokratie im Euroland? .....	282
Lob der Abwertung .....	288
Für ein europäisches Bretton Woods .....	292
Zeit gewinnen .....	296
 Anhang: Warum der Euro Europa spaltet, statt es zu einigen .....	 299
 Literaturverzeichnis .....	 333

## Vorwort zur Taschenbuchausgabe

Fast drei Jahre sind seit dem Abschluss des Manuskripts von *Gekaufte Zeit* vergangen.<sup>1</sup> Auch wenn die Krise, von der das Buch handelt, sich eine Zeit lang nicht mehr so explosiv entwickelt hat wie im Sommer 2012, so finde ich bei nochmaliger Lektüre nichts, was zurückzunehmen oder umzuschreiben wäre. Verlängernde Ergänzungen, sortierende Nuancierungen und gelegentliche Verdeutlichungen sind aber immer angebracht, auch als Dank für die zahlreichen Rezensionen, unterstützend wie kritisch, die das Buch in so kurzer Zeit im In- und Ausland erfahren durfte – zur Überraschung seines Autors, dessen publizistische Reichweite bislang überwiegend an die spezialisierter Fachzeitschriften gebunden war. Kapitalismus als Krisensequenz, Wirtschaft als Politik des »Marktkampfs« (Weber), empirisch rekonstruiert in historischer Zeit, als Produkt strategischen Handelns und kollektiver Verteilungskonflikte in sich ausbreitenden Märkten, getrieben von einer dynamischen Wechselbeziehung zwischen Klassen- und Interessenlagen einerseits und organisierten Gruppen und politischen Institutionen andererseits, unter besonderer Berücksichtigung der finanziellen Reproduktionsprobleme des Staates: Mein Versuch einer zeitgemäßen, an die klassischen Kapitalismustheorien, vom Marxismus bis zur Historischen Schule, selektiv und manchmal eklektizistisch anschließenden *politischen Ökonomie*, entwicklungsbedürftig, wie er nach wie vor ist, hat ein erstaunlich breites und engagiertes Publikum gefunden, weit über jedes erwartbare Maß hinaus.

<sup>1</sup> Im Folgenden bediene ich mich großzügig aus meinen Repliken auf eine Reihe von Rezensionen meines Buches: insbesondere meiner Stellungnahme zu den nicht weniger als zehn Kommentaren in einem von der *Zeitschrift für theoretische Soziologie* veranstalteten Forum (Streeck 2014d) sowie meiner Entgegnung auf sechs Debattenbeiträge im *Journal of Modern European History* (Streeck 2014a).



Nicht alle der zahlreichen Themen, die die Leserinnen und Leser des Buches bemerkens- und kommentierenswert gefunden haben, müssen und können hier aufgegriffen werden. So muss es späteren Gelegenheiten überlassen bleiben, mögliche Einsichten zum Wechselverhältnis zwischen Theoriegeschichte und Gesellschaftsentwicklung herauszuarbeiten, wie sie sich aus dem Anschluss an die Krisentheorien der 1970er Jahre vermutlich gewinnen ließen. Im Folgenden beschränke ich mich darauf, zunächst im Rückblick die begrifflichen und forschungstaktischen Konstruktionsprinzipien des im Buch entfalteten Arguments schärfer herauszuarbeiten, soweit eine politisch-ökonomisch orientierte Makrosoziologie aus ihnen möglicherweise etwas lernen könnte. Daran anschließend möchte ich auf die zwei Themen eingehen, die im Buch ineinander verflochten sind und auf die sich die Diskussionsbeiträge von Lesern und Kritikern überwiegend bezogen haben: wie es weitergeht mit Finanz- und Fiskalkrise und dem Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie und was man über die Aussichten für Europa und seine Einigung unter dem Vorzeichen einer gemeinsamen Währung nach Maßgabe der Europäischen Währungsunion heute sagen könnte.

### *Kapitalismusgeschichte als Krisensequenz*

In *Gekaufte Zeit* behandle ich die globale Finanz- und Fiskalkrise von 2008 nicht als freistehendes Einzelereignis, sondern als Teil und versuchsweise auch als Stufe einer historischen Sequenz. In dieser unterscheide ich drei Phasen: die Inflation der 1970er Jahre, die beginnende Staatsverschuldung im Jahrzehnt danach und die zunehmende Verschuldung der privaten Haushalte sowie der Unternehmen sowohl des industriellen als auch des Finanzsektors seit Mitte der 1990er Jahre. Den drei Phasen war gemeinsam, dass jede von ihnen in einer Krise endete, deren Lösung zugleich Ausgangspunkt einer neuen Krise war. Anfang der 1980er Jahre, als die US-amerikanische Zen-

tralbank durch eine brutale Zinserhöhung die Inflation weltweit beendete, stieg, gewissermaßen als Ausgleich, die Staatsverschuldung; und als diese in einer ersten Konsolidierungswelle Mitte der 1990er Jahre zurückgeführt wurde, nahm in zahlreichen Ländern die Verschuldung der privaten Haushalte zu, wie in einem System kommunizierender Röhren, und die Finanzwirtschaft expandierte, mit nie dagewesener Dynamik, bis sie 2008 von den Staaten auf Kosten ihrer Bürger gerettet werden musste.<sup>2</sup>

Dass allen diesen Entwicklungen ein Verteilungskonflikt zugrunde lag, der sich aus der mit dem Ende des Nachkriegswachstums zunehmenden Unfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems bzw. der Unwilligkeit seiner Eliten ergab, den Ansprüchen der demokratisch verfassten Nachkriegsgesellschaften gerecht zu werden, war nicht meine Entdeckung; die zeitgenössischen politisch-ökonomischen Analysen von Inflation, Staatsverschuldung und Finanzialisierung liefen mehr oder weniger auf dasselbe hinaus. Mein Beitrag in dem Buch und in den Aufsätzen, die ihm vorausgingen, bestand darin, die Parallelen und den gemeinsamen Nenner herauszuarbeiten – und damit ein krisentheoretisches Analyseraster vorzuschlagen, das grundsätzlich auch auf die gegenwärtige Entwicklungsphase des globalen Kapitalismus anwendbar sein sollte.

*Gekaufte Zeit* zeigt, wie in der Abfolge von Inflation, Staatsverschuldung und Aufblähung der privaten Finanzmärkte das Wachstum in den reifen kapitalistischen Ländern seit den 1970er Jahren zurückging, die Ungleichheit der Verteilung zunahm und die Gesamtverschuldung stieg. Zugleich nahm die Wahlbeteiligung langfristig ab, Gewerkschaften (und politische Parteien; Mair 2013) verloren an Mitgliedern und Macht,

2 Selbstverständlich endet die Sequenz hier nicht; im Buch war die Rede von einem »vorläufigen Höhepunkt« bzw. einem »vorläufigen Endpunkt«. Auch wird von einer »nächsten Etappe« gesprochen, die allerdings nur erst in Umrissen zu erkennen sei. Mehr dazu, drei Jahre später, weiter unten.

und Streiks verschwanden fast ganz (Schäfer und Streeck 2013). In meinem Buch arbeite ich heraus, wie sich parallel dazu die Arena des verteilungspolitischen Konflikts allmählich vom *Arbeitsmarkt* in der Phase der *Inflation* auf die *Sozialpolitik* in der Zeit der *Staatsverschuldung*, die *privaten Finanzmärkte* in der Ära der *Finanzialisierung* und die *internationale Finanzdiplomatie* nach der Krise nach 2008 verlagerte: in immer abstraktere, der menschlichen Lebenserfahrung und dem Zugriff demokratischer Politik immer weiter entrückte Handlungsräume. Hier besteht eine der Querverbindungen, die ich zwischen der Entwicklung des Kapitalismus und der neoliberalen Transformation der *Demokratie* herzustellen versucht habe. Eine andere ergibt sich aus einem weiteren historischen Dreischritt, dem vom *Steuer-* zum *Schulden-* und danach zum *Konsolidierungsstaat*. In dieser Hinsicht schließt meine Analyse an die Tradition der Finanzsoziologie und die in den 1970er Jahren aufgekommene Vorahnung einer bevorstehenden Finanzkrise des Staates (Bell 1976b; O'Connor 1973) an. Auch dabei verfähre ich vornehmlich induktiv, ausgehend von tatsächlichen, über die letzten vier Jahrzehnte in den Ländern des OECD-Kapitalismus zu beobachtenden Entwicklungen.<sup>3</sup>

3 Wenn man also die begriffliche Grundstruktur meines Arguments vereinfacht beschreiben wollte, könnte man von drei parallel laufenden, gewissermaßen ineinander verschraubten Drei- bis Vierschritten sprechen (wenn man so will: einer *triple helix*): der wirtschaftlichen Krisensequenz von Inflation, Staatsverschuldung und Privatverschuldung (heute gefolgt von dramatisch expandierenden Bilanzsummen der Zentralbanken und entsprechend rapider Expansion der Geldmengen); der politisch-fiskalischen Entwicklung vom Steuer- zum Schulden- zum Konsolidierungsstaat; sowie einer kontinuierlichen Verschiebung der Arenen des Klassenkonflikts »nach oben«, vom Arbeitsmarkt zum Wohlfahrtsstaat zum Kapitalmarkt (und von da in den Arkanbereich der Zentralbanken, finanzdiplomatischen Gipfelkonferenzen und internationalen Organisationen).

## *Kapitalismus als Einheit*

Meinen Lesern konnte nicht entgehen, dass das Buch den Kapitalismus der OECD-Länder als, wenn auch vielfältige Einheit behandelt, konstituiert sowohl durch Interdependenz, insbesondere durch Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten, als auch durch ihnen gemeinsame interne Konfliktlinien und Integrationsprobleme. Für den einen oder anderen hat dies die Frage aufgeworfen, wie jemand, der in der Vergangenheit die Unterschiede zwischen nationalen kapitalistischen Wirtschaftssystemen untersucht hat, nun auf einmal ihre Gemeinsamkeiten betonen kann. Die Antwort ist, dass Unterschiede und Gemeinsamkeiten sich nicht ausschließen und man, je nachdem was man wissen will, das eine oder das andere in den Vordergrund rücken darf und muss.<sup>4</sup> Im vorliegenden Fall ergab sich die eher holistische Perspektive der Untersuchung wiederum vor allem induktiv: aus dem empirischen Sachverhalt, dass viele der Phänomene, die mit der Krise von 2008 in Zusammenhang standen, und gerade auch die seit den 1970er Jahren zu beobachtenden Krisen, Ereignissequenzen und Wandlungsprozesse, den Ländern des OECD-Kapitalismus gemeinsam waren, und zwar in durchaus überraschendem Ausmaß – oft zeitlich verschoben, manchmal in unterschiedlichen nationalspezifischen Formen, aber unverkennbar von derselben Logik geprägt und denselben Konflikten und Problemen getrieben; man kann dies an den zahlreichen in das Buch aufgenommenen Verlaufsdiagrammen überprüfen.

Allerdings traf mich dieser Umstand nicht unvorbereitet. Bei der Arbeit an einem Buch über längerfristige graduelle Veränderungen in der deutschen politischen Ökonomie (Streck 2009b) hatte ich Gelegenheit, einen komplexen, sektorübergreifenden Wandlungsprozess zu analysieren, der sich mir als Liberalisierungsprozess darstellte, und zwar auch ohne

<sup>4</sup> Oder auch, mit einem leider apokryphen Zitat von John Maynard Keynes: »When the facts change, I change my mind. What do you do, sir?«

dass ich damals die fundamentale Bedeutung der Finanzierung des Kapitalismus, einschließlich des deutschen, für diesen Vorgang auch nur annähernd verstanden hätte (das Manuskript ging im Sommer 2008 an den Verlag). Für meine Einschätzung der vergleichenden Kapitalismusforschung war dies deshalb wichtig, weil in dieser Deutschland (zusammen mit Japan) immer als der wichtigste nichtliberale Gegenpol zum liberalen angloamerikanischen Kapitalismus figuriert hatte.<sup>5</sup> Schon in dem Buch von 2009 gab es deshalb eine dezidierte Kritik der Nicht-Konvergenz-Dogmatik, wie sie insbesondere Hall und Soskice (2001) ab Mitte der 1990er Jahre entwickelt hatten. Später habe ich diese Position weiterentwickelt und meine neugewonnene Überzeugung noch vor dem Erscheinen von *Gekaufte Zeit* in einer Reihe von Aufsätzen niedergelegt (Streeck 2011b; 2011c; 2012c).<sup>6</sup>

### *Geschichte und Vorgeschichte: Die Ausnahme und die Regel*

Die Krisensequenz, deren inneren Zusammenhang ich herausgearbeitet zu haben glaube, beginnt in den Jahren zwischen 1968 und 1975. Da jede Geschichte eine Vorgeschichte hat, ist

5 Zu Deutschland und Japan und ihren nationalen politisch-ökonomischen Besonderheiten siehe unter anderen Streeck und Yamamura (2001) sowieso Yamamura und Streeck (2003).

6 Insgesamt bin ich im Laufe der Jahre immer mehr davon abgekommen, die institutionellen Besonderheiten des Kapitalismus auf nationaler Ebene für wichtiger zu halten als seine systemischen Gemeinsamkeiten. Dies kann man als Lernprozess auffassen, aber auch als Niederschlag historischen Wandels: von den 1980er Jahren, als »Modell Deutschland« und »Modell Japan« Hoffnungsträger derjenigen waren, auch und gerade in den USA, die einen sozial modifizierten Kapitalismus nicht nur für möglich, sondern auch für dem neoliberalen Modell überlegen hielten, zu den 1990er und 2000er Jahren, als Japan in Stagnation versank und Deutschland als »kranker Mann Europas« hingestellt werden konnte. Allerdings war ich nie ein VoC-Hardliner gewesen; siehe den Titel meines Aufsatzes von 1997, »German Capitalism: Does It Exist? Can it Survive?« (Streeck 1997). Im Text wird die erste Frage positiv, die zweite aber in der Tendenz negativ beantwortet.

ihr Anfang immer ebenso offen wie ihr Ende. Dennoch muss, wer sie resümieren will, einen Ausgangspunkt wählen; irgendwo muss es losgehen. Freilich sollte man für die Wahl seines Anfangs gute Gründe haben, und möglicherweise hätte ich diese deutlicher machen sollen. Die 1970er Jahre sind die Zeit, in der die von meinen Kurvenscharen abgebildeten krisenhaften Entwicklungen begannen: Inflation, Staatsverschuldung, Marktverschuldung, strukturelle Arbeitslosigkeit, sinkendes Wachstum, wachsende Ungleichheit, jeweils mit nationalen Abweichungen, aber immer in dieselbe Richtung – manchmal mit Unterbrechungen, auch auf unterschiedlichem Niveau, aber immer als allgemeine Trends erkennbar. Dass es sich bei den 1970er Jahren um einen Wendezeitraum handelt, ist heute übrigens nicht nur in der politischen Ökonomie (Glyn 2006) fast schon ein Gemeinplatz; siehe das erstaunliche Ausmaß der zeitgeschichtlichen Forschung zu diesem Zeitabschnitt (Black 2009; Cowie 2010; Doering-Manteuffel und Raphael 2008; Ferguson et al. 2010; Jaraus 2008; Judt 2005; Raithel et al. 2009; Rodgers 2011).

Natürlich, wie gesagt, hätte ich auch früher anfangen können,<sup>7</sup> und ebenfalls mit guten Gründen. Vorzüglich geeignet hätten sich die 1930er Jahre, zumal die Weltwirtschaftskrise in den politischen Steuerungszentralen des Nachkriegskapitalismus seit der sogenannten »ersten Ölkrise« ständig als Alptraum präsent war. Zu dem, was aus der Vorgeschichte der in *Gekaufte Zeit* zusammengesetzten Geschichte zu lernen wäre, gehört ja, dass kapitalistische Wirtschaftsgesellschaften *von innen her* instabil und für die große Mehrzahl ihrer Mitglieder hochgefährlich werden können, vergleichbar einem nuklea-

7 Nicht aber später, etwa am Ende des Kalten Krieges. 1989 waren alle meine Kurvenverläufe längst auf dem Weg, und in meinem Buch von 2009 hatte ich gezeigt, dass die Transformation des »deutschen Modells« eben gerade nicht erst mit der Wiedervereinigung einsetzte. Auch war der real existierende Kommunismus schon lange vor 1989 sichtbar bankrott (Polen, die DDR!), und im Westen war er als real existierende Möglichkeit längst eliminiert (Chile 1973 sowie das Ende des Eurokommunismus mit der Ermordung Aldo Moros 1978).

ren Reaktor mit seinen jederzeit möglichen *normal accidents* (Perrow 1984). Die Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts lehrt das besser als die der zweiten, weil Letztere die Ausnahmejahre der *trente glorieuses*, des *Golden Age* oder auch des Wirtschaftswunders einschließt, von der Weltsicht und Lebensgefühl weithin immer noch geprägt werden, jedenfalls in Deutschland, auch wenn das, was seit den 1970er Jahren geschehen ist und in der Krise von 2008 *vorläufig* kulminierte, eigentlich nur bedeuten kann, dass diese Ausnahmezeit genau eine solche war, also mit ihrer Wiederkehr grundsätzlich nicht zu rechnen ist.

Nach Lektüre verschiedener mir zuteilgewordener Rezensionen ist mir klar geworden, dass meine Entscheidung, die unmittelbaren Nachkriegsjahrzehnte sozusagen vorne vor zu lassen, einen erheblichen Spielraum für Missverständnisse, durchaus auch böswilliger Art, eröffnet hat, den ich vielleicht doch irgendwie hätte zusperren sollen. Dass die angloamerikanische Rede vom »goldenen Zeitalter« immer mit einem ironisch-skeptischen Unterton daherkommt, kann nicht jeder wissen – was jemanden wie mich, der sie wie selbstverständlich mit eben diesem Unterton verwendet, der Gefahr aussetzt, als »Nostalgiker« denunziert zu werden.<sup>8</sup> Eigentlich hatte ich gedacht, dass ich das, was zu den Jahren zwischen dem Ende des Krieges und dem *age of fracture* (Rodgers 2011) als Hintergrund meiner Rekonstruktion der Geschichte nach dem Bruch zu sagen gewesen wäre, mindestens implizit auch gesagt habe: dass es sich um eine Epoche handelte, in der vor allem infolge des Krieges die Machtverhältnisse zwischen den Klassen ausgeglichen waren wie niemals vorher im Kapitalismus<sup>9</sup> (und,

8 Auch und sogar wenn es um die von mir (und weiß Gott nicht nur von mir) aufgeworfene Frage geht, ob die Europäische Kommission oder gar die Europäische Zentralbank unter den Bedingungen des aktuellen Demokratienotstands tatsächlich besser geeignet ist als die nationalen Parlamente (und als das nationale Streik- und Demonstrationsrecht, welches das einzige ist, das es gibt), die demokratischen Rechte der europäischen Völker zu verteidigen.

9 Siehe hierzu nun auch Piketty (2014).

wie wir nun wissen, auch niemals nachher), was sich unter anderem in der seinerzeit weithin geteilten Vorstellung niederschlug, dass es Kapitalismus als paktierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nur dann weiter geben konnte, wenn er in Form gesellschaftlichen Fortschritts auch dem kleinen Mann und der kleinen Frau zugutekam; dass er, wenn es ihn denn geben soll, »liefern« muss: nämlich Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, mehr Autonomie in der Arbeit und mehr Zeit außerhalb derselben, ein Ende materieller Armut ebenso wie zyklischer Wirtschaftskrisen usw. usf. Natürlich war das alles damals nicht allgemein gefestigte Wirklichkeit, weit entfernt davon. Aber es bestand doch, bis tief hinein in das konservative Lager, die grundsätzlich unangefochtene Vorstellung, dass sozialer Fortschritt eine Bringschuld der politischen und wirtschaftlichen Eliten sei, nicht notwendig auf einen Schlag fällig, aber doch laufend von Jahr zu Jahr abzuleisten, wenn nötig unter Nachhilfe durch starke Gewerkschaften und effektive politische Mobilisierung im Rahmen demokratischer Institutionen und mittels einer Wirtschaftspolitik, die Wachstum durch Umverteilung von oben nach unten und nicht umgekehrt<sup>10</sup> zu erreichen suchte und angesichts der politischen Umstände auch gar nicht anders suchen konnte.

Ist das alles, was zu den drei Jahrzehnten zwischen dem Ende des Krieges und dem Ende der Nachkriegszeit zu sagen wäre? Selbstverständlich nicht, aber mein Thema waren ja nicht die *trente glorieuses*, sondern die Krisen, die ihnen folgten. Im Buch habe ich mir die Freiheit genommen, deren Abfolge als das zu beschreiben, was sie nach meinem Eindruck insgesamt waren, nämlich eine Verlust- und Niederlagengeschichte für diejenigen, die auf einen interventionsfähigen Wohlfahrtsstaat und eine aktivistische Politik angewiesen sind – und ich sehe keinen Grund, in der säkularen Zunahme von Arbeitslosigkeit, Prekarität, Arbeitszeit und Wettbewerbsdruck im gegen-

<sup>10</sup> Das und nichts anderes ist es, was ich als »Hayekianismus« bezeichne, im Unterschied zum Keynesianismus, der ihm vorausging und den er abgelöst hat.



über dem *postwar settlement* weiter »fortgeschrittenen« Kapitalismus bei gleichzeitiger Abkopplung der Einkommen vom Produktivitätsfortschritt und rapide wachsender Ungleichheit sowie dem Übergang zu einer Wirtschaftspolitik, die im gegenteiligen Gegenteil zur Nachkriegszeit auf Umverteilung von unten nach oben als Wachstumsmotor setzt, auch noch irgendwie »das Positive« lokalisieren zu sollen.<sup>11</sup>

Wo ich mit meinen Kritikern einig bin, ist in ihrem Bestehen auf dem Ausnahmecharakter des *Golden Age* im Vergleich sowohl zum 19. Jahrhundert wie zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Aber was tröstlich daran sein soll, dass wir heute dabei sind, Fortschritte auf dem Weg in eine kapitalistische Normalität zu machen, die aussehen könnte wie die Welt der Zwischenkriegsjahre, will sich mir nicht recht erschließen. Mir war es um den Umstand zu tun, dass die drei Nachkriegsjahrzehnte eine Epoche waren, in der die kapitalistische Marktwirtschaft nicht mehr, wie im klassischen Liberalismus, als Naturzustand galt, sondern als politische Konstruktion, der nur so lange eine Existenzberechtigung eingeräumt wurde, wie sie im sicheren Griff einer durch die 1930er Jahre ernüchterten politischen bzw. in der staatszentrierten Kriegswirtschaft des Zweiten Weltkrieges angelernten technokratischen Elite war, die eines über alle Parteigrenzen hinweg gemeinsam hatten: tiefe, erfahrungsbegründete Zweifel an der Tragfähigkeit und Tragbarkeit freier kapitalistischer Märkte, also eben jener Wirtschaftsordnung, in die wir mit dem globalen Neoliberalismus unserer Tage wieder einzutreten im Begriff sind.

<sup>11</sup> Zum politischen Subtext der Verdrängung und Denunziation der sozialdemokratischen Vergangenheit des demokratischen Kapitalismus hat im Übrigen der britische Historiker Tony Judt in einem seiner letzten Vorträge alles Erforderliche gesagt (Judt 2009).

## *Krisen und Klassen*

Wie gesagt, ich lokalisiere den Epochenbruch in der politischen Ökonomie der kapitalistischen Demokratien in den 1970er Jahren. Was damals begann, beschreibe ich als »neoliberale Revolution«, man könnte auch sagen: als Restauration der Ökonomie als gesellschaftliche Zwangsgewalt, freilich nicht für alle, sondern nur für die allermeisten, bei gleichzeitiger Befreiung der sehr wenigen von politischer Kontrolle. Statt den Vorgang als Ausdruck ewiger standardökonomischer Gesetzmäßigkeiten zu verdinglichen, behandle ich ihn als *Verteilungskonflikt* zwischen Klassen. Dabei erlaube ich mir, die Klassenstruktur vereinfachend, aber doch auf durchaus ehrwürdige Weise, anhand der überwiegenden Einkommensarten zu definieren, also die Mitglieder der Kapitalistischen Gesellschaft grundsätzlich in »Lohnabhängige« und »Profitabhängige« aufzugliedern, durchaus unter Berücksichtigung des Umstands, dass eine heute zahlenmäßig nicht geringe Mittelschicht beiden Lagern angehören kann, allerdings weit überwiegend mehr dem Ersteren als dem Letzteren. Dass ich darüber irgendwann Rechenschaft würde ablegen müssen, war mir klar; aber ich wollte und konnte kein Buch über Klassentheorie schreiben. Meine Lösung war, mit den einschlägigen Konzepten so vorsichtig wie möglich umzugehen, wobei ich Kennern der Materie durch Bezug auf Kaleckis politische Konjunkturtheorie immerhin andeuten wollte, was mir vor allem vorschwebte, nämlich eine Abbildung von Ökonomie als Politik (im Gegensatz zur standardökonomischen Institutionentheorie, die Politik als Ökonomie abbildet); von ökonomischen »Gesetzen« als Projektion von gesellschaftlichen Machtverhältnissen; und von Krisen, jedenfalls der Krisen, die im Buch behandelt werden, als Verteilungskonflikte bzw. als Folge derselben.

Zweck der Übung war, der Public-Choice-Erzählung von den übermütigen Massen, deren ruchlose Forderungen nach immer mehr »die Wirtschaft« aus ihrem an sich normalen Gleichgewicht gebracht haben, eine realistischere Rekonstruk-

tion der Ereignisse gegenüberzustellen, der zufolge es nicht die Lohn-, sondern die Profitabhängigen waren, die den demokratischen Sozialkapitalismus der Nachkriegszeit verraten und verkauft haben, weil er ihnen zu teuer geworden war.<sup>12</sup> Dabei stelle ich der internationalen Streikwelle von 1968-69 einen Kaleckischen »Investitionsstreik« in den 1970er Jahren gegenüber, von dem ich behaupte, dass er sehr viel wirkungsvoller war als alles, was Gewerkschaften und »Lohnabhängige« selbst damals in ihrem Arsenal hatten. In diesem Zusammenhang ist die Frage, wie man sich eigentlich so etwas wie strategisch koordiniertes Konflikthandeln von Unternehmen und Unternehmern unter Wettbewerbsbedingungen vorstellen soll (wie »die Profitabhängigen« sich aus einer »Klasse an sich« heraus als »Klasse für sich« sozial konstituieren oder konstruieren sollen), alles andere als illegitim; ich habe über Wirtschaftsverbände gearbeitet und weiß, welche Nüsse da zu knacken sind (und welche die Verbände knacken müssen, um ihre Mitglieder auf Linie zu bringen und beispielsweise kollektive Handlungskapazitäten aufzubauen, ohne als Folge in korporatistische Verpflichtungsprozesse eingebunden bzw. daran gehindert zu werden, sich aus ihnen zu lösen). Trotzdem schaffen sie es, *kollektives* Handeln als über Think-Tanks, öffentliche Erklä-

12 Währenddessen die »Lohnabhängigen«, ganz anders als von der kritischen Krisentheorie erwartet und erhofft, mehr oder weniger bereitwillig dazu beitrugen, »das System« zu stabilisieren. In diesem Zusammenhang verweise ich auf den in den 1970er Jahren erst richtig einsetzenden Konsumerismus und auf die enorme Ausweitung des Arbeitsangebots durch die nach 1970 rasch zunehmende weibliche Erwerbstätigkeit sowie auf die erstaunlichen Disziplinierungseffekte sowohl der verschärften Konkurrenz um »Karriere« einschließlich Konsumchancen als auch einer neuartigen (neoprotestantischen?) Arbeits- und Erwerbsmoral, um den Preis einer seinerzeit völlig unvorstellbaren Durchrationalisierung der Familien- und Lebenswelt. Dies hat erstaunlicherweise »progressiven« Anstoß erregt. Statt mich damit weiter zu befassen, verweise ich zum Sachverhalt auf die vorzüglichen Arbeiten von Jürgens (etwa 2010), lasse die einschlägige, ausgesprochen breite und hochinteressante amerikanische Literatur unerwähnt und beschränke mich auf eine kurze Annonce meiner eigenen, ausführlicheren Überlegungen zum Thema (Streck 2011d).

rungen, Konferenzen, Prognosen von Forschungsinstituten, Verlautbarungen von internationalen Organisationen, Rating-Agenturen und Anwalts- und PR-Firmen und dergleichen *abgestimmtes individuelles* Handeln zu organisieren, national wie international, mit dem Ziel, Konkurrenz zwischen Unternehmen durch Standortkonkurrenz um Unternehmen auszubalancieren. Das Ende der Nachkriegszeit waren denn auch die Jahre, in denen sich die Beschwerden »der Wirtschaft« über »Überbeschäftigung«, rigide Arbeitsmärkte, zu hohe Löhne, zu niedrige Gewinne (»profit squeeze«), Überregulierung usw. häuften und eine intensivierete Lobbytätigkeit dringliche, öffentliche ebenso wie geheime Aufforderungen an die Politik richtete, im Namen einer Wiederbelebung des Wachstums endlich etwas für »die Wirtschaft« zu tun.<sup>13</sup>

Für mich, zugespitzt formuliert, besteht die wichtigste Form der politischen Machtausübung »des Kapitals« und seiner Verwalter darin, auf Nummer Sicher zu gehen und die ihnen von der Gesellschaft als »Eigentum« überlassenen gesellschaftlichen Ressourcen entweder zeitweilig stillzulegen oder ganz

13 Hierauf sollte man verweisen dürfen, ohne sich Verdächtigungen auszusetzen, die Ereignisse diesseits der Wasserscheide der 1970er Jahre durch einen »geheimen Masterplan des internationalen Groß- und Finanzkapitals« erklären zu wollen. Andererseits darf die berechtigte Ächtung von »Verschwörungstheorien« unter Sozialwissenschaftlern nicht zur Folge haben, dass man glauben muss, dass es überhaupt keine Verschwörungen gibt – ebenso wenig, wie die Erkenntnis, dass Machtstrukturen mehr sind als kleine Netzwerke allmächtiger Eliten, nicht bedeuten kann, dass man die Existenz kleiner Netzwerke mächtiger Eliten von vornherein ausschließen müsste; siehe Vitali et al. (2011). Als ein Beispiel unter vielen für die Radikalisierung der profitabhängigen Klassen in den 1970er Jahren mag das berühmte-berüchtigte »Powell-Memorandum« von 1971 dienen, »Attack on American Free Enterprise System«, (<http://law.wlu.edu/powellarchives/page.asp?pageid=1251>), letzter Zugriff am 15. Juli 2015. Zum Verhältnis von »Wirtschaft« und staatlicher Macht heute und insbesondere zu Art und Wirkung kollektiven »profitabhängigen« Handelns siehe den Bericht der *New York Times* über einen Besuch von »nearly 40 chiefs of some of the world's biggest multinational companies and investment funds« bei dem nun doch »reformbereit« gewordenen französischen Staatspräsidenten: »France Tries to Tempt in More Foreign Investment« (*The New York Times* vom 18. Februar 2014).

und gar außer Landes zu schaffen – Markthandeln als politisches Handeln, *exit* statt *voice*. Wie wir wissen, hat das bei Regierungen eine starke und kraftvoll zu kapitalfreundlichem Handeln ermutigende Wirkung. »Massive Verunsicherung«, kommuniziert durch Verbände und nahestehende Presse- und Forschungsorgane, reicht da oft schon aus: »das Kapital« »spricht« durch Klagen über allgemeines Unwohlsein, durch Attentismus, Abwanderung, sinkende Investitionsraten usw. – durch, wenn man so will, gleichgerichtete Reaktionen auf weniger als den »Reservationsgewinn« versprechende politische Marktlagen, die sich dann zu den üblichen volkswirtschaftlichen Indizes verdichten. Am Ende, wenn es drauf ankommt, aggregieren sich die täglichen Abstimmungen der Kapitaldisponenten am »Markt« zu einer klaren und deutlichen Gesamtaussage, die niemand, der »Verantwortung trägt«, sich leisten kann zu ignorieren.

Wichtig ist mir als Sozialwissenschaftler, dass Prozesse wie der von mir angedeutete nicht notwendig auf aktenkundig dokumentierbare strategische Führung zurückgeführt werden müssen und können. Viel spricht dafür, dass die Logik oder gar Direktionalität der von mir nachgezeichneten Entwicklung, einschließlich beispielsweise des Wandels des Steuerstaats zum Schulden- und anschließend zum Konsolidierungsstaat, eine *emergente* war und ist: eine, die für ihr Zustandekommen von den beteiligten Akteuren weder geplant noch gewollt werden muss, weil sie sich notfalls auch hinter ihrem Rücken vollziehen würde. Man könnte vorsichtig sagen (vorsichtig, um nicht von einem unhaltbaren Voluntarismus in einen ebenso unhaltbaren Determinismus zu verfallen), dass die unterliegende Problemstruktur, einschließlich der mit unterschiedlichen, zum Teil situativ wechselnden Machtressourcen ausgestatteten Interessenlagen der Beteiligten, in jeder der aufeinanderfolgenden Krisen das den Akteuren zur Verfügung stehende Handlungsrepertoire eingrenzte, im Zusammenwirken mit der jeweils vorangegangenen Vor- und Teilgeschichte und den zum jeweiligen Zeitpunkt wirksamen kontingenten Umstän-